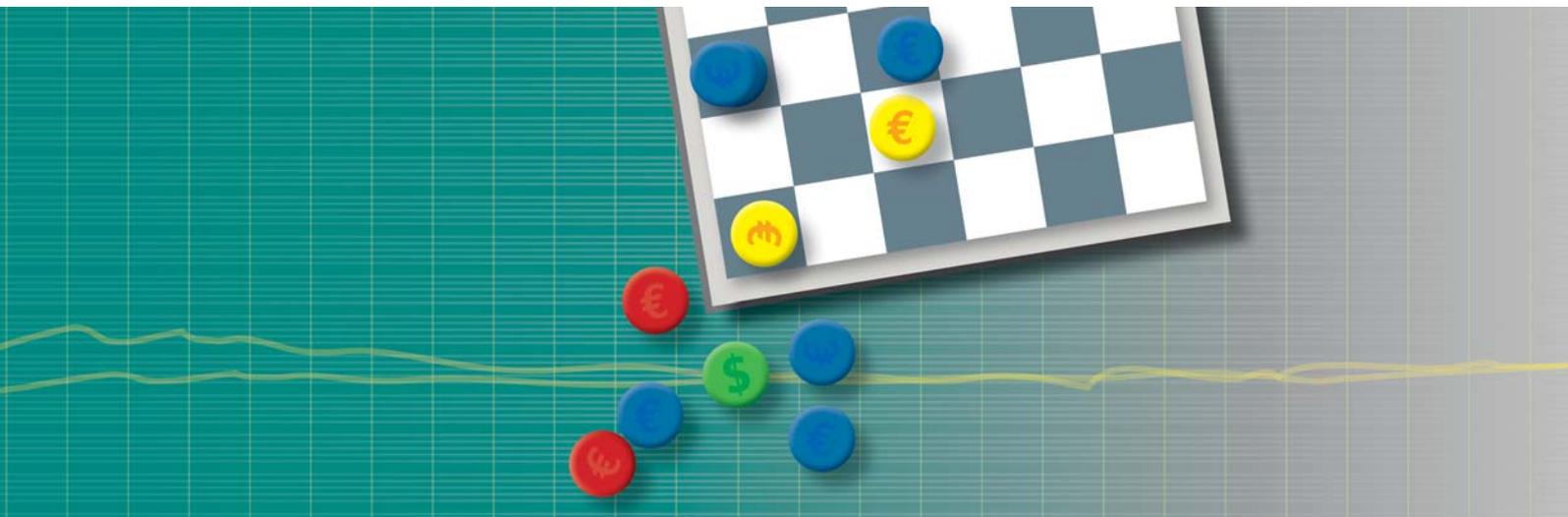




MANAGERKREIS  
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

# Aus der Krise lernen: Vorschläge zur Reform des Wirtschaftssystems

Podiumsdiskussion des Managerkreises, 3. Mai 2010 in Berlin



## **Impressum**

ISBN: 978-3-86872-405-9

1. Auflage  
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin  
Zentrale Aufgaben

Autor:  
Kai Kolwitz

Redaktion:  
Sina Dürrenfeldt, Philipp Fink

Gestaltung:  
Werbestudio zum weissen Rössl,  
Schäpe

Druck:  
Media-Print Informationstechnologie GmbH,  
Paderborn  
Printed in Germany 2010

Fotonachweise:  
Mark Bollhorst, Berlin

# **Aus der Krise lernen: Vorschläge zur Reform des Wirtschaftssystems**

Podiumsdiskussion des Managerkreises, 3. Mai 2010 in Berlin

## Einleitung

Ist die Krise schon überwunden? Während die einen auf gute Zahlen aus der Wirtschaft und ein wieder steigendes Bruttoinlandsprodukt verweisen, blicken die anderen auf die Lage in Griechenland und weiteren südeuropäischen Ländern. Sie wenden ein, dass die Finanzkrise nur in eine neue Phase getreten ist.

Sicher ist allerdings: Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte vor rund zwei Jahren sind zwar umfangreiche Analysen betrieben worden, doch wenige der Erkenntnisse wurden bisher in konkrete Maßnahmen umgesetzt. Und je weiter der Crash in den Hintergrund tritt, desto lauter werden die Stimmen derjenigen, die am liebsten einfach so weitermachen würden wie vor der Krise.

Doch die Kosten für die Abwehr eines totalen Zusammenbruchs waren immens und werden die öffentlichen Haushalte noch viele Jahre lang belasten. Daher stellt sich nicht nur die Frage, wie man die Finanzmärkte an diesen Kosten beteiligen und so regulieren kann, dass sich die Vorgänge von 2008 nicht mehr wiederholen.

Die Frage ist auch: Muss die Diskussion nicht umfassender geführt werden? Muss man nicht fragen, wie es kam, dass in den Jahren vor der Krise so viel Kapital verfügbar war, das sich immer neue Spielfelder gesucht hat, während auf der anderen Seite der Binnenkonsum lahmte und immer mehr Menschen auf Transferleistungen des Staates angewiesen waren? Warum es attraktiver war, in Derivate und Kreditverbriefungen zu investieren statt in die reale Wirtschaft?

Generell gilt es, nach Möglichkeiten zu suchen, wie der Staat wieder mehr Kontrolle und Handlungsfä-

higkeit gewinnen kann. Nicht nur im Bezug auf die Finanzwirtschaft, sondern auch, um die Rahmenbedingungen für nachhaltiges, krisenresistentes und sozialverträgliches Wachstum zu schaffen und um lange vernachlässigte Aufgaben in Bereichen wie Bildung oder Sozialversicherung anzugehen. Hier bietet die Krise Chancen: Denn sie erlaubt es, Dinge auf den Prüfstand zu stellen und neu zu justieren, die lange Zeit als unantastbar galten.

*Roland Schmidt*



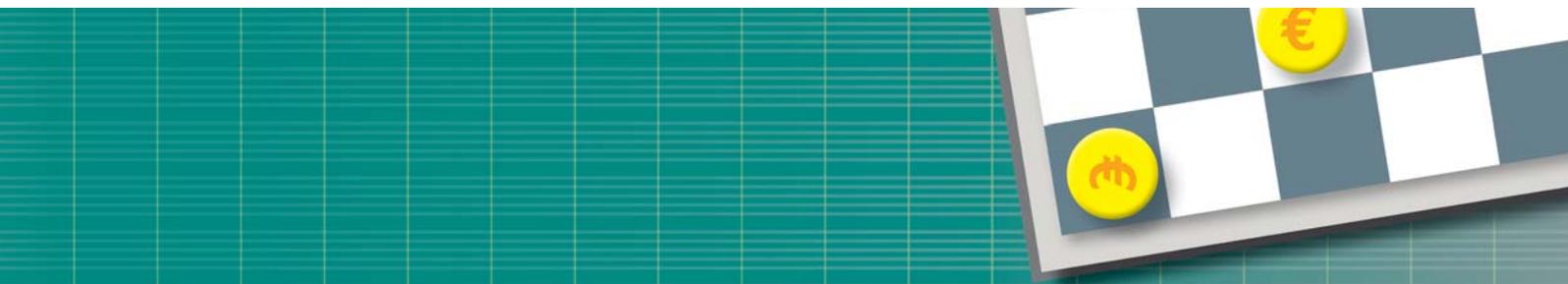
# 1. Zur Vorgeschichte

Der Krise von 2008 ging eine lange Phase der Deregulierung und des Marktliberalismus voraus. Getreu dem Motto „Märkte funktionieren am besten, wenn sie sich selbst überlassen werden“ wurden Handelshindernisse, aber auch Regulierungs- und Kontrollmechanismen immer stärker abgebaut. Das geschah spätestens seit den 1980er Jahren, als die „Reaganomics“ in den USA und die Regierung unter Margaret Thatcher den weltweiten Trend vorgaben.

Gleichzeitig wurde der Finanzmarkt immer schneller und globaler. Einerseits durch die abgebauten Schranken, andererseits durch neue technische Entwicklungen wie das Internet, die Kommunikation und Handelsabwicklung auf eine völlig neue Basis stellten. Das Problem war allerdings, dass Kontrolle und Regulierung nach wie vor auf nationalstaatlicher oder maximal staatengemeinschaftlicher Ebene funktionierte. Den globalen Finanzströmen konnte sie damit immer weniger beikommen. Erst recht, da die am Finanzmarkt gehandelten Produkte immer komplizierter und undurchschaubarer wurden.

Auch gesellschaftlich zeigten sich spätestens seit Ende der 1990er Jahre die Auswirkungen der Liberalisierungsprozesse. Die Spreizung zwischen niedrigen und Spitzeneinkommen nahm immer weiter zu. Auf der einen Seite wurden Spitzensteuersätze gesenkt und die Vermögenssteuer abgeschafft, auf der anderen Seite von Arbeitnehmern bei Tarifverhandlungen Bescheidenheit verlangt, der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zuliebe. Parallel entwickelte sich ein ausgeprägter Niedriglohnsektor. Beschäftigungsverhältnisse ohne oder mit geringer sozialer Absicherung wurden ausgeweitet. Die Argumentation dahinter war, man wolle die Hürden für den Einstieg in den Arbeitsmarkt senken. In der Praxis wurden die Möglichkeiten jedoch schnell instrumentalisiert: Vormals reguläre Arbeitsverhältnisse wurden vermehrt in prekäre umgewandelt.

Diese Veränderung der Einkommensverhältnisse hatte Auswirkungen auf den Binnenkonsum: Menschen mit niedrigem Verdienst konnten naturgemäß weniger ausgeben. Außerdem sparten sie da, wo es



möglich war, um Polster für den Verlust des Arbeitsplatzes aufzubauen. Die gestärkten Spitzenverdiener wiederum suchten für ihr zusätzliches Geld eher Investitionsmöglichkeiten als es für den Konsum zu verwenden – schlicht deshalb, weil die Bedürfnisse des alltäglichen Lebens schon erfüllt waren.

Das Geld der Vermögenden floss also auf den Finanzmarkt. Den schwachen Binnenkonsum kompensierten verschiedene Nationen auf unterschiedliche Weise. Im traditionell exportstarken Deutschland wuchsen die Ausfuhrquoten weiter an, sprich, das Geld, das im Inland nicht zu verdienen war, wurde eben in anderen Nationen erwirtschaftet.

Die exportschwachen USA entschieden sich dagegen für eine lange Jahre anhaltende Politik des „billigen Geldes“. Konsumentenkredite waren zu niedrigen

Zinssätzen verfügbar – auch für Menschen mit geringen Einkommen. Bedürfnisse konnten mit geliehenem Geld befriedigt werden, der Binnenkonsum blieb so stabil.

Doch beide Arten, mit dem Phänomen umzugehen, sorgten auf ihre Art dafür, dass der Finanzcrash näher rückte. Denn die Ausfallrisiken der US-Kredite lagerten die Banken aus. Kredite wurden verbrieft, zu immer komplizierteren Paketen geschnürt und an Investoren verkauft. So lange der überwiegende Teil der Schuldner seine Kredite bediente, ein lukratives Geschäft für beide Seiten, außerdem von den Ratingagenturen als sichere Anlage bewertet. Der Teil der Finanzmarktteilnehmer, der seinen Teil der Geldschwemme zu investieren hatte, griff deshalb gerne zu. Auch wenn viele immer weniger verstanden, was sie da eigentlich kauften.

Christian Kellermann



## 2. Willkommen in der Krise

Die Krise war da, als in den USA zum ersten Mal seit vielen Jahren die Zinsen nennenswert stiegen. Gerade im Immobilienbereich waren viele Kredite in der Niedrigzinsphase mit variablem Zins geschlossen worden. Außerdem hatten die Banken Darlehen auch an Schuldner vergeben, die sich die Raten auch zu Zeiten niedriger Zinsen nur knapp leisten konnten – die damit verbundenen Risiken ließen sich ja auslagern. Die Folge: Die Ausfallraten explodierten, die einstmals so lukrativen Kreditverbriefungen wurden zu immensen Risiken.

Im September 2008 ging dann die Investmentbank Lehman in die Insolvenz, einer der großen Spieler im Geschäft mit den Derivaten. Durch den vielfachen Verkauf und die immer neue Stückelung und Packerung der Verbriefungen war alles mit allem verbunden – ein Kreditinstitut drohte nun das nächste mit in den Abgrund zu reißen.

Der GAU konnte zwar vorerst abgewendet werden, aber zu immensen Kosten auch für den deutschen Steuerzahler. Stützungsmaßnahmen für Banken und in Schieflage geratene Unternehmen kosteten immense Summen, der Crash vernichtete Werte im Billiardenbereich.

Zwar kam Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern noch vergleichsweise gut durch die Turbulenzen, nicht zuletzt durch das beherrzte Eingreifen des Finanzministeriums unter Peer Steinbrück. Doch trotzdem: Als Folge der Krise sank das deutsche Bruttoinlandsprodukt um mehr als fünf Prozent. Nach einer Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben Banken weltweit bisher eine Summe von 1,5 Billionen Dollar abgeschrieben. Der IWF sieht weiteren Korrekturbedarf im Bereich von 800 Milliarden Dollar.

Hubertus Heil



Die hohen aufgewendeten Summen werden die Handlungsspielräume der Staaten noch für viele Jahre einschränken. Und die Krise dürfte noch längst nicht ausgestanden sein. Denn im Jahr 2010 machen sich die Fehler im Finanzsystem auch in der Staatsfinanzierung bemerkbar. Griechenland etwa verschleierte Jahre lang hohe Haushaltdefizite, versorgt mit billigen Krediten, die von den ausgebenden Instituten zum Teil ebenfalls verbrieft und weitergereicht wurden.

Als dann die Ratingagenturen die Risikoeinstufung der griechischen Staatsanleihen schlagartig verschlechterten, erhöhte sich der Zinssatz massiv, den Griechenland für seine Anleihen zahlen musste. Dem Land drohte der Staatsbankrott. Da aber das Schicksal von Griechenland über den Euro mit dem vieler

weiterer EU-Länder verknüpft ist, mussten auch hier andere Staaten eingreifen. In einem ersten Schritt wurden für das Land bis 2012 Kredithilfen von 110 Milliarden Euro beschlossen. 30 Milliarden davon sollen vom IWF kommen, 80 Milliarden von den anderen EU-Staaten.

Gleichzeitig scheint Griechenland nicht der einzige EU-Staat zu sein, dessen Staatsfinanzen sich in Schieflage befinden – mit potentiell entsprechenden Folgen für die EU-Partner. Doch viele Krisen werden sich die Staatshaushalte der Geberländer nicht mehr leisten können. Um so wichtiger, das hat die Finanzkrise seit 2008 gezeigt, sind grundsätzliche Reformen des Finanzmarkts und der Wiedereinstieg in eine umfassende staatliche Kontrolle des Finanzsektors.



*Klaus G. Deutsch*

### 3. Maßnahmen als Folge der Finanzkrise – Beschlüsse und Diskussionsvorschläge

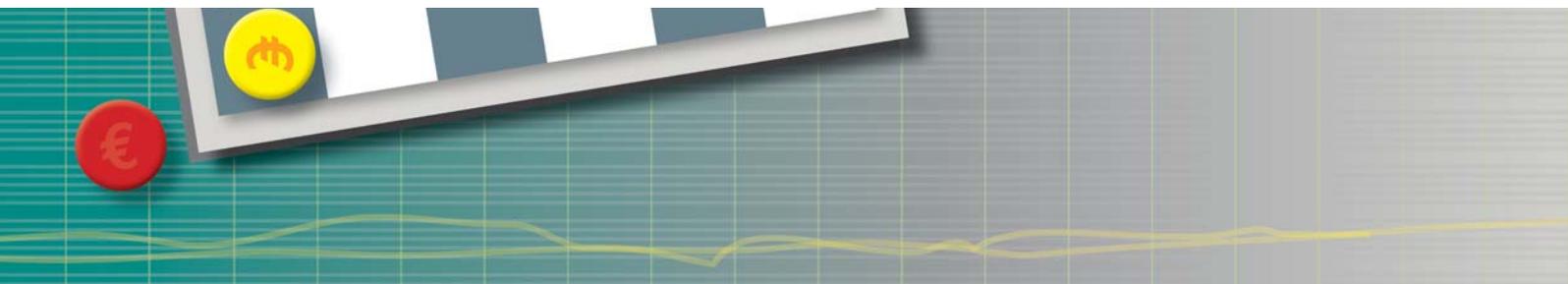
#### Der Finanzsektor – die aktuelle Diskussion

Da Fehlentwicklungen eines entfesselten Finanzsektors die Krise ausgelöst haben, konzentrierten sich die ersten Beschlüsse und Maßnahmen naturgemäß auf diesen Bereich. So haben sich die G20 im Grundsatz darauf geeinigt, Kontroll- und Ratingmechanismen, Bilanzierungsvorschriften sowie das Risikomanagement der Kreditinstitute zu modifizieren oder sogar grundlegend neu aufzustellen. Ziel soll größere Transparenz sein. Schattenbanksysteme, in denen die Institute viele der Risiken der aktuellen Krise versteckt hatten, sollen nach neuen Standards nicht mehr möglich sein. Außerdem suchen die G20 nach Wegen, die Stabilität des Systems zu erhöhen und es insgesamt antizyklischer zu gestalten. Denn gerade die Eigenkapitalvorschriften des aktuellen Systems befördern Blasen und verschärfen Krisen.

Nach dem Willen der G20 sollen zudem Derivate und andere komplexe Finanzprodukte nicht mehr außer-

börslich gehandelt werden dürfen. Man will zentrale Gegenparteien für die Abwicklung, nicht zuletzt deshalb, um im Krisenfall schnell einen Überblick darüber zu haben, wer welche Papiere im Depot hat. Mehr Eigenkapital und Liquiditätsreserven bei den Kreditinstituten soll diese weniger anfällig für Krisen machen. Steueroasen und Off-Shore-Handelsplätze mit unzureichenden Kontrollmechanismen sollen durch weltweit einheitliche Standards ersetzt werden – und ein Umdenken im makroökonomischen Bereich soll verhindern, dass zu viel billig verfügbares Geld neue Blasen erzeugt.

Dazu wollen die G20 Möglichkeiten finden, zu verhindern, dass die Schieflage eines Marktteilnehmers das ganze System in Gefahr bringt. Das kann geschehen durch ein spezielles Banken-Insolvenz- und -Reorganisationsrecht und durch von den Banken gefüllte Notfallfonds, die Verluste ausgleichen, die in

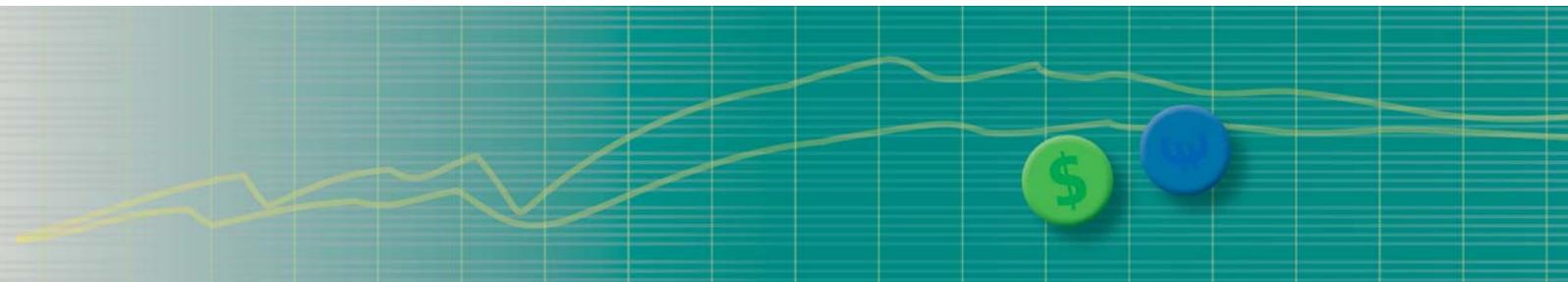


der aktuellen Krise die öffentlichen Haushalte tragen müssen. Die USA haben zudem bereits die Regulierungsinstitutionen mit mehr Möglichkeiten ausgestattet, große Banken („too big to fail“) in kleinere, selbstständige Einheiten zu zerlegen, um Gefahren zu verringern, die von ihnen für das gesamte System ausgehen. Ebenfalls in den USA wurde bereits festgelegt, dass die dortigen Kreditinstitute ihr Geschäft mit spekulativen Derivaten vom Geschäft mit Kundeneinlagen trennen und für sich allein absichern müssen. So sollen Sparguthaben auch im Fall von Verlusten geschützt werden.

Ebenfalls reformiert werden soll das Rating- und Risikobewertungs-System für Finanzanlagen. Derzeit liegt die Macht in diesem Bereich im Wesentlichen bei den drei privatwirtschaftlich geführten Agenturen. Diese waren gleichzeitig als Berater für die Finanzinstitutionen tätig, deren Produkte sie zu bewerten hatten, was Interessenkonflikte nahe legte. Im Vorfeld der aktuellen Krise fielen sie durch komplettes Versagen ihrer Risikoabschätzungen auf – selbst Papiere, die sich später als extrem risi-

koreich erwiesen, wurden mit Bestnoten bewertet. Die Europäische Union wünscht sich hier stattdessen eine eigene, von der EU selbst getragene Rating-Institution.

Bis aus den Ansätzen konkrete Regeln werden, müssen sich die Vertreter der G20 allerdings noch in vielen Details einigen. Einer der am meisten umstrittenen Punkte ist zum Beispiel die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Diese würde einerseits die Staaten stärken und an Gewinnen partizipieren lassen, andererseits würde dadurch die Finanzwirtschaft einen Beitrag zu den Kosten der Krise leisten. Staaten wie die USA und Kanada, aber auch Brasilien oder Indien sind gegen die Abgabe. Entweder, um die eigene Finanzwirtschaft zu schützen oder mit dem Argument, dass die Banken des jeweiligen Landes von der Krise nur wenig betroffen waren. Das Problem wird also vor allem sein, zu weltweit einheitlichen Standards zu kommen. Denn nur so ließe sich verhindern, dass Finanzmarktteilnehmer dorthin gehen, wo ihnen die Regeln am meisten zusagen.



## Der Finanzsektor – sind nicht grundsätzlichere Überlegungen nötig?

Die Ansätze der G20 und anderer Institutionen, die sich derzeit um Reformen und neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte bemühen, sind sicherlich lobenswert. Aber grundsätzlich würden sie an den bestehenden Mechanismen nichts ändern. Deshalb muss die Frage gestellt werden, ob als Produkt der Krise nicht ein grundsätzliches Umdenken nötig ist.

Denn der ursprüngliche Sinn von Banken war es ja, bei Sparern Geld einzusammeln und dieses Haushalten und Unternehmen für größere Investitionen und Konsumausgaben zur Verfügung zu stellen. Ob private Häuser oder Investitionen in neue Produkte und Fertigungsanlagen: Banken gaben Kredite, die Sparer erhielten Zinsen auf ihr erspartes Geld. Im Zuge der

Deregulierung und der Entfesselung des Finanzsektors wurde diese primäre Aufgabe in den Hintergrund gedrängt: Wetten auf die Zukunft und spekulative Anlagen konnten zumindest kurzfristig ein Vielfaches der Rendite von gesellschaftlich sinnvollen und nachhaltig wirksamen Investitionen erzielen. Im Gegenzug konnte geballter Kapitaleinsatz sogar wirtschaftlich gesunde Unternehmen und ganze Volkswirtschaften in die Knie zwingen.

Die Finanzbranche auf ihren ursprünglichen Zweck zurückzuführen würde daher der Gesellschaft als Ganzes helfen. Um dies zu erreichen, fordern die Autoren von „Der gute Kapitalismus“, einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung getragenen Studie zum Beispiel, komplexe Finanzprodukte auf den Prüfstand zu stellen und



den Handel mit solchen, die keinen gesellschaftlichen Zweck erfüllen, schlicht zu untersagen. Der Gedanke des „Shareholder Value“, also der kurzfristigen Rendite für die beteiligten Anleger, muss ersetzt werden durch ein langfristigeres Denken: Wer nachhaltig investiert, sorgt zwar erst einmal für schlechtere Zahlen, erreicht damit aber langfristigen Gewinn und sichert die Existenz seines Unternehmens.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen auch Bonus- und Provisionssysteme für Bankmitarbeiter verändert werden. Der Verdienst darf sich nicht mehr an kurzfristigen Profiten orientieren, deren langfristige Folgen noch nicht abschätzbar sind, sondern an dem, was über Jahre aufgebaut wurde. Generell müssen die Regeln für Boni strikter werden, um absurd hohe Zahlungen an einzelne Mitarbeiter zu verhindern – entweder durch direkte Beschränkungen oder zumindest dadurch, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Mitarbeiterboni durch die Unternehmen beschränkt wird. Auch ein starker öffentlicher Sektor im Bankenbereich ist wünschenswert, um damit die Versorgung von nachhaltig tätiger Wirtschaft und den Menschen allgemein mit Kapital sicherzustellen.

*Dierk Hirschel, Hubertus Heil*



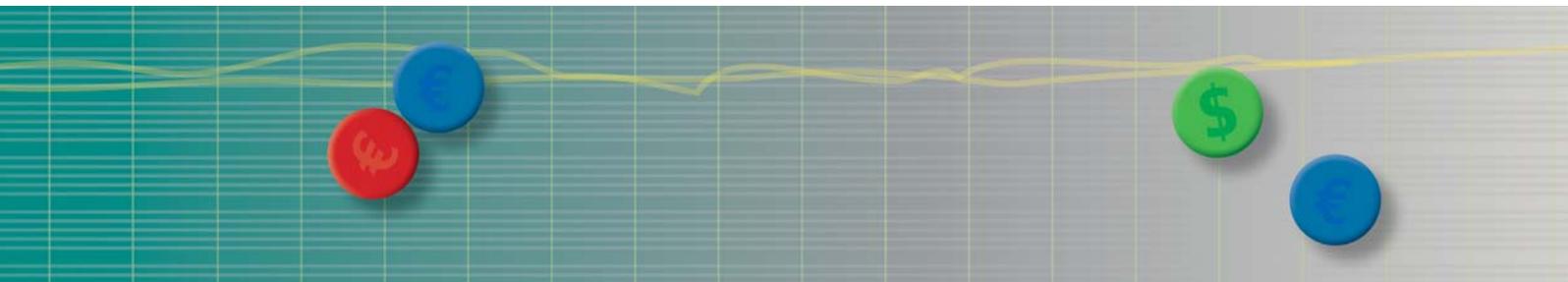
## Löhne, Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte – Schlüsse aus der Krise

Teil des Problems waren und sind die immer weiter auseinanderklaffenden Einkommensverhältnisse. Da in den öffentlichen Haushalten aufgrund der teuren Stützungsmaßnahmen und Konjunkturprogramme gespart werden muss, gäbe es Gelegenheit, das zu korrigieren. Außerdem wird Deutschland auf lange Sicht nicht umhin kommen, seinen enormen Exportüberschuss zu korrigieren. Da niemand möchte, dass dies durch eine Verringerung des Exportvolumens geschieht, bleibt nur die Binnennachfrage, um das Verhältnis zu korrigieren. „Wachstum durch Gerechtigkeit“ ist mehr als nur ein Schlagwort.

Wünschenswert ist daher eine staatliche Steuerung, die dafür sorgt, dass diejenigen mit starken Schultern auch den größten Teil der Last tragen. Gleichzeitig müssen auch die unteren Einkommensgruppen in die Lage versetzt werden, wieder mehr zu konsumieren. Dringend zu vermeiden sind Abgabenerhöhungen, die Menschen mit niedrigen Einkommen überproportional belasten. Leider ist all dies das Gegenteil dessen, was sich in den aktuellen Sparbeschlüssen wiederfindet.

Um den Binnenkonsum zu stärken, gilt es zunächst einmal, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglohnsektor einzudämmen. Auch da, wo Leiharbeiter neben fest angestellten Kollegen tätig sind, muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Idealerweise könnte das sogar ohne gesetzliche Regelungen geschehen – dann, wenn Stellung und Organisationsgrad der Gewerkschaften in besonders betroffenen Branchen, wie etwa denen der einfachen Dienstleistungen, wieder gestärkt würden und sich faire Regelungen im Rahmen von Tarifverhandlungen erreichen ließen. Der Staat könnte auch Mindeststandards in Sachen Beschäftigung und Bezahlung festlegen, die Unternehmen erfüllen müssen, um sich um öffentliche Aufträge zu bewerben. Aber auch staatlich verordnete Mindestlöhne wären ein Mittel, um Lohndumping zu verhindern, wenn andere Bemühungen scheitern.

Gerade in den letzten zehn Jahren hat die deutsche Wirtschaft ihre Produktivität stark gesteigert. Allerdings ist von den daraus resultierenden Profiten kaum etwas bei den Arbeitnehmern angekommen. Die Autoren des Buchs „Der gute Kapitalismus“ regen daher



für die Zukunft Lohnsteigerungen an, die sich an Produktivitätsgewinnen orientieren. So könnte die Hälfte des Volumens bei den Unternehmen bleiben, während die andere als Lohnerhöhung unter den Mitarbeitern verteilt wird.

Gleichzeitig gilt es, diejenigen stärker in die Pflicht zu nehmen, deren Vermögensverhältnisse das erlauben. Denkbar wären sowohl höhere Spitzensteuersätze als auch Modifikationen an der Progressionskurve der Einkommenssteuer. Da der Spitzensteuersatz in den letzten Jahren in Deutschland immer wieder gesenkt wurde, erscheint das fair. Auch eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre denkbar, ebenso gibt es Stimmen, die sich in diesem Zusammenhang mit der Erbschaftssteuer oder der Unternehmensbesteuerung auseinandersetzen möchten. Und nicht zuletzt: Würde man endlich alle Einkommensbezieher in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung integrieren, dann ließe sich deren Einnahmehbasis stärken und verhindern, dass gerade die Einkommensstärksten in dieser Hinsicht wenig zum Solidarsystem beitragen.

Naturgemäß werden solche Ideen nicht überall auf Gegenliebe stoßen. Argumente, um die Akzeptanz zu stärken, könnten sein, dass sich Deutschland bei der Höhe der Steuerbelastungen EU-weit lediglich im hinteren Mittelfeld befindet. Außerdem braucht der Staat eine solide Einnahmehbasis – nicht nur, um die Belastungen der Krise zu bewältigen, sondern auch, um endlich Bereiche angehen zu können, die wichtig für die Zukunft des Landes sind. Zu nennen wären hier vor allem Bildung und die zukunftsfähige Gestaltung der Sozialsysteme, aber auch der Umbau des Landes hin zu einer ökologisch geprägten Infrastruktur. Die-

jenigen, die heute in Deutschland gut verdienen oder vermögend sind, verdanken das zu einem nicht geringen Teil auch einer guten, vom Staat finanzierten Ausbildung und Gewinnen, die in Zeiten des Booms der Finanzmärkte gemacht wurden. Fair wäre es, in Zeiten der Krise einen Teil davon zurückzugeben.

All dies würde den Staat mit einer Finanzbasis ausstatten, die es ihm erlauben würde, nicht nur selbst in Zukunftsprojekte zu investieren, sondern auch die Anreize im Steuersystem so zu modifizieren, dass produktive Investitionen im Inland wieder attraktiver werden als reine Finanzanlagen. Geschehen könnte dies zum Beispiel durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für solche Investitionen oder auch durch Tax Credits, die sich Unternehmen erwerben könnten, die viel in Forschung und Entwicklung investieren. Auch dies wäre ein Schritt, um die Gewichte weg vom Kasino-Kapitalismus hin zu Maßnahmen zu verschieben, die auf ein gleichgewichtetes, nachhaltiges Wachstum zielen.

## Besser international – Europa und die Welt

Schon das Ringen um die Umsetzung der G20-Beschlüsse zeigt es. Die meisten Maßnahmen, die nötig sind, um die Finanzmärkte auf eine gesündere Basis zu stellen, müssen auf internationaler Ebene umgesetzt werden. In Zeiten des global beweglichen Kapitals können die Gesetze einer Nation allein nur wenig bewirken, um die Zustände zu ändern.

Die Autoren des Buchs „Der gute Kapitalismus“ sind davon überzeugt, dass gerade auf dieser Ebene bedeutend mehr Kontrolle ausgeübt werden muss, um das System grundlegend zu ändern. Sie wünschen sich eine global koordiniertere Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der der IWF eine stärkere Rolle spielen soll. Die vom IWF verwalteten Sonderziehungsrechte, eine Art virtuelle internationale Währung, sollen stärker zur Gestaltung dieser Politik genutzt werden. Auch Markteingriffe sollen stärker als momentan genutzt werden, um die Stabilität zu erhalten, Kapi-

talverkehrskontrollen für mehr Transparenz sorgen. Außerdem fordert man eine internationale Zahlungsaufsicht, angesiedelt bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

Wechselkurse will man nicht mehr dem Markt und damit der Spekulation überlassen, sondern stabil gestalten, versehen mit einem klaren Regelwerk für Anpassungen, falls sich die Balance grundlegend verändert – eine Forderung, die wegen ihrer Radikalität allerdings auch viele Kritiker hat.

Eine internationale Geld- und Fiskalpolitik soll auch dazu genutzt werden, die stark unterschiedlichen Leistungsbilanzen der einzelnen Staaten auszugleichen. Regionale Nachfrage sowie Lohnzuwächse wünscht man sich als wesentliche Triebfedern des Wachstums, nicht mehr Export-Überschüsse oder eine nicht kontrollierbare Verschuldung privater Haushalte.

*Donata Riedel, Sebastian Dullien*



Noch enger muss die Koordination und Zusammenarbeit innerhalb der Euro-Länder werden. Da man durch eine gemeinsame Währung miteinander verbunden ist, können Ungleichgewichte zwischen Staaten nicht durch Währungsanpassungen ausgeglichen werden. Deshalb braucht es eine gemeinsame Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, um zu einer gemeinsamen Entwicklung der ganzen Euro-Zone zu kommen. Auch das Recht zu Interventionen will man der Europäischen Zentralbank zubilligen. Zurzeit darf sie nicht durch Aufkäufe in den Markt eingreifen, um einzelne EU-Länder zu stabilisieren.

Notwendig, so die Autoren, wäre auch eine Reform des Finanzausgleichs innerhalb der EU, in dem auch der Fall berücksichtigt ist, dass Sanierungsaufgaben erledigt werden müssen wie gegenwärtig in Griechenland. Darüber hinaus fordern sie aus gegebenem Anlass einen neuen Stabilitätspakt nebst Kontrollmechanismen.

Globale und EU-weite Koordination wünschen sich die Autoren aber auch auf der Arbeitnehmerseite. Mindestlöhne, Arbeitslosenversicherung und Tarifverhandlungen könnten innerhalb der Euro-Zone koordiniert werden, um auch hier zu einheitlichen Entwicklungen zu kommen. Global würden ausgebaut Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechte dafür sorgen, dass sich die Kräftebalance zwischen Arbeit und Kapital zu Gunsten der Arbeit verbessert.

Allerdings ist hier wohl auch in der Bevölkerung noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Die aktuelle Griechenland-Krise hat gezeigt, dass die Idee einer europaweiten Solidargemeinschaft bei den Menschen noch nicht verinnerlicht ist. Allerdings ist sie alternativlos angesichts globalen Handels und globaler Kapitalflüsse.

Auch in der Staatengemeinschaft wird es noch viel Arbeit brauchen, um zu gleichen Standards zu kommen, das haben die G20-Verhandlungen gezeigt.

Insgesamt zeigen die Gespräche, dass die Frage von Einigungen zeitkritisch ist: Während unter dem Eindruck des Crashes viele Regierungen noch zu weitreichender Zusammenarbeit bereit waren, würden mit fortschreitender Erholung einige doch lieber weitermachen wie bisher. Eine nächste Krise ist damit aber programmiert.

Vor allem zwischen Europa auf der einen und den USA auf der anderen Seite bestehen oft noch gravierende Unterschiede in den Auffassungen. Zudem darf der Einfluss der US-Innenpolitik nicht unterschätzt werden: US-Präsidenten und -Minister können auf der internationalen Ebene nur beschränkt agieren, da der US-Kongress erst überzeugt werden muss. Für den Fall, dass grundlegende Einigungen scheitern, empfehlen Experten, den mühsamen Weg der bilateralen Abkommen mit den USA zu gehen. Andernfalls, so befürchten sie, könnte eine neue Zeit der Abschottung der Finanzmärkte gegeneinander drohen.

*Dierk Hirschel, Ulrich Pfeiffer*



## Ausblick

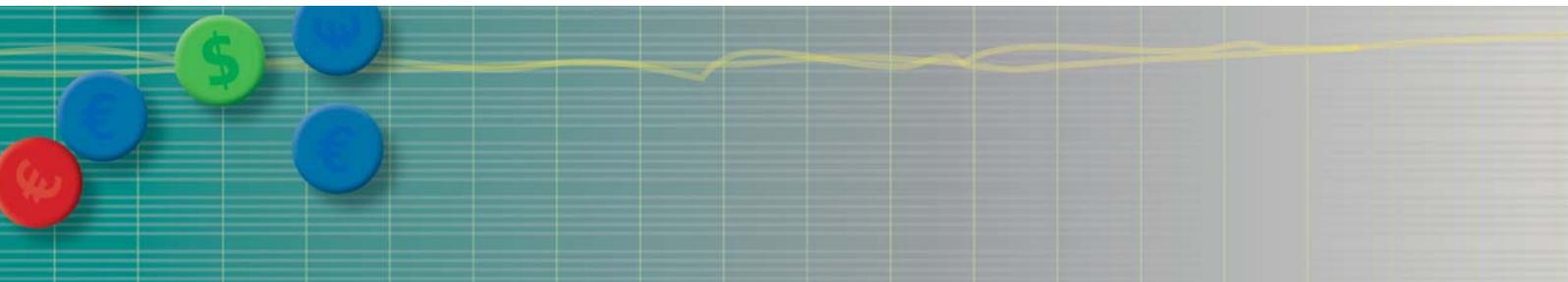
Vieles von dem, was hier skizziert wurde, hört sich heute noch nach Utopie an und scheint unerreichbar zu sein. Viele Details sind noch auszugestalten und zu diskutieren. Und sicher gibt es vielen Punkten mehr als nur eine Wahrheit. Doch es ist Zeit, die ersten Schritte hin zu einer neuen Wirtschafts- und Finanzordnung zu gehen. Denn die Krise der Finanzmärkte hat gezeigt, dass das bestehende System grundlegend verändert werden muss, sollen ähnliche Krisen mit fatalen Folgen für den globalen Wohlstand verhindert werden.

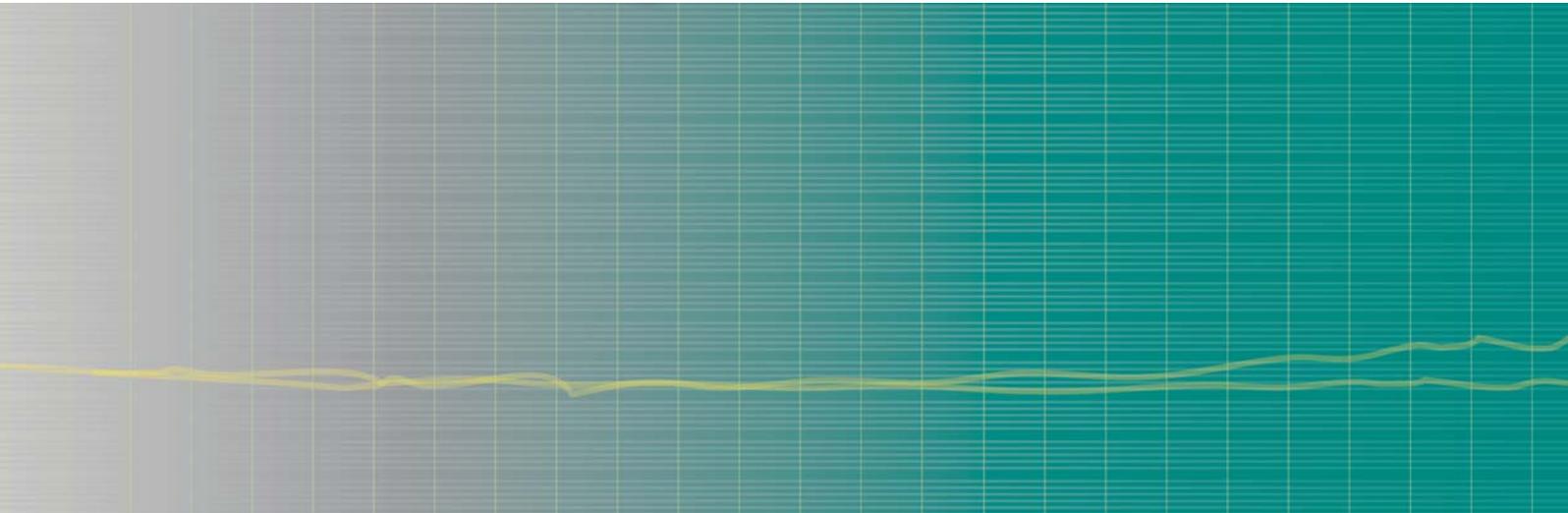
Gerade die Finanzkrise bietet die Chance dazu: Denn sie hat für die Bereitschaft gesorgt, Dinge neu zu denken und Dinge auf den Prüfstand zu stellen, die vor kurzer Zeit noch zementiert waren. Die Welt braucht einen neuen Wachstumsbegriff, der in der Lage ist, nachhaltiges Wachstum und nachhaltigen Fortschritt langfristig zu würdigen – auch in sozialer und ökologischer Hinsicht.

In Sachen Finanz- und Wirtschaftsordnung darf sich die Politik nicht darauf beschränken, eine Institution zu sein, die nur reagieren kann. Sie muss wieder die Gestaltung übernehmen und die Leitlinien setzen, um Exzesse zu verhindern. Dann kann auch ein guter Kapitalismus möglich sein.

## Aus der Krise lernen: Vorschläge zur Reform des Wirtschaftssystems

- Begrüßung **Dr. Roland Schmidt**,  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Impulsvortrag **Ein guter Kapitalismus ist möglich: Zum Buch und Projekt „Der gute Kapitalismus“**  
**Dr. Christian Kellermann**, Büroleiter der FES in Skandinavien, Stockholm,  
Mitautor des Buchs „Der gute Kapitalismus“
- Impulsvortrag **Lehren aus der Krise: Brauchen wir eine neue Wirtschaftspolitik?**  
**Hubertus Heil**, MdB, Stv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD
- Impulsvortrag **Lehren aus der Krise: Braucht der Finanzmarkt eine neue Rolle?**  
**Dr. Klaus Günter Deutsch**, Leiter Büro Berlin, Deutsche Bank Research
- Podiumsdiskussion **Was muss sich an unserem Wirtschaftssystem ändern?**
- Hubertus Heil**, MdB, Stv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD
- Prof. Dr. Sebastian Dullien**, Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, HTW Berlin  
Mitautor des Buchs „Der gute Kapitalismus“
- Dr. Klaus Günter Deutsch**, Leiter Büro Berlin, Deutsche Bank Research
- Dr. Dierk Hirschel**, Leiter des Bereiches Wirtschafts- und Steuerpolitik, DGB
- Ulrich Pfeiffer**, empirica AG, stv. Sprecher des Managerkreises
- Moderation: **Donata Riedel**, Handelsblatt





Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:  
[www.fes.de/zentrale\\_aufgaben](http://www.fes.de/zentrale_aufgaben)  
[www.managerkreis.de](http://www.managerkreis.de)